

Mittwoch, 31. Januar 2024, Offenbach / Stadt und Kreis Offenbach

# Widerstand gegen Gender-Verbot

An der Hochschule für Gestaltung will man möglichen Vorgaben der schwarz-roten Landesregierung nicht folgen



Bereit, das Gendern gegen die Landesregierung zu verteidigen: HfG-Präsident Bernd Kracke, Gleichstellungsbeauftragte Katja Kupfer und ihre Stellvertreterin Ellen Wagner. Reinartz

CDU und SPD in Hessen lassen im Koalitionsvertrag keine Zweifel aufkommen: „Wir werden festschreiben, dass in der öffentlichen Verwaltung sowie weiteren staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen (wie Schulen, Universitäten, Rundfunk) auf das Gendern mit Sonderzeichen verzichtet wird...“ An der Hochschule für Gestaltung (HfG) sieht man diese Vereinbarung mit einer Mischung aus Sorge und Gelassenheit. Präsident Bernd Kra-

cke ist jedoch davon überzeugt, dass sich Studierende und viele andere Hochschulangehörige das Gendern nicht verbieten lassen werden. Sekundiert wird er dabei von der Gleichstellungsbeauftragten Katja Kupfer und deren Stellvertreterin Ellen Wagner.

Die Abschaffung des Genderns in Einrichtungen des Landes Hessens scheint ausgemachte Sache zu sein. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben?

**Bernd Kracke:** Das Gendern ist dem gesamten Klima an unserer Kunsthochschule zuträglich und auch im Rahmen unserer Bemühungen um Gleichstellung und Antidiskriminierung ein ganz wichtiger Baustein geworden.

Inwiefern?

Katja Kupfer: Wir pflegen an der HfG ein tolerantes und wertschätzendes Miteinander. Es ist wichtig, dass sich alle gut aufgehoben fühlen. Wir bieten ja als Kunsthochschule einen sicheren Raum, in dem experimentiert werden soll. Aber das funktioniert nicht mehr, wenn plötzlich ein solches Sprachverbot verhängt wird. Dieses Gefühl der Sicherheit würden unsere Studierenden verlieren.

Das Fehlen von Sternchen, Doppelpunkt oder Unterstrich würde Unsicherheit in der Hochschule verursachen?

Kupfer: In gewisser Weise schon. Das erleben wir ja gerade gesamtgesellschaftlich und politisch sehr stark. Unsicherheit ist durch Krisen ohnehin vorhanden. Wenn eine vermeintlich sicher geglaubte gesellschaftliche Entwicklung einfach wieder zurückgenommen wird, kann das schon die Frage aufwerfen, was noch möglich ist.

Und das würde man mit der Weiternutzung von Sonderzeichen beim Gendern verhindern?

Kracke: Wir haben keine ideologische Starrheit vor Augen. Man muss das Gendern also nicht auf eine ganz bestimmte Weise in allen Zusammenhängen durchziehen. Da gibt es durchaus variable Umgangsformen. Aber es ist eine Grundeinstellung, die wir beibehalten sollten. Im Zusammenklang mit allen anderen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsaktivitäten in unserer Institution.

Wie gendert man denn an der Hochschule für Gestaltung korrekt?

Ellen Wagner: Zunächst einmal gibt es bei uns keinen Zwang zu gendern, aber es gibt einen Beschluss im Senat, dass wir mittels Unterstrich gendern wollen. Mittlerweile ist auch der Doppelpunkt häufig vertreten. Darüber hin-

aus haben wir auf Initiative von Studierenden vor acht Jahren einen Leitfaden für gendergerechte Sprache erarbeitet. Es geht vor allem um die Auseinandersetzung mit dem Thema. Da erleben wir ganz verschiedene Ausprägungen.

Kupfer: Die einen gendern auch im gesprochenen Wort, andere wiederum nicht. Aber mir fällt immer wieder in den Gremien auf, dass das Gendern in den vergangenen Jahren bei uns zur gelebten Praxis geworden ist.

Die bald vor dem Aus stehen könnte...

Kracke: Ich glaube nicht, dass sich unsere Studierenden und andere Hochschulangehörige so etwas verbieten lassen. Eine gesetzliche Vorgabe könnte man meines Erachtens schwer mit der Hochschulautonomie vereinbaren. Deswegen bin ich überzeugt, dass da noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Da gibt es sicher Auslegungsspielräume. Zunächst müssen wir mit der neuen Landesregierung darüber überhaupt erst einmal in den Dialog treten.

Kupfer: Es gibt ja auch geltende Gesetze – das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Gleichberechtigungsgesetz und das Personenstandsgesetz, das seit 2019 auch das dritte Geschlecht anerkennt. Da würden sich die Gesetze dann ja widersprechen.

Sie würden ein solches Gesetz also erst mal nicht ernst nehmen?

Kupfer: Wir nehmen natürlich jedes Gesetz ernst, wenn es beschlossen ist. Aber ganz ehrlich, was soll uns schon passieren, wenn wir hochschulintern weiter gendern?

Wagner: Wir sind ja nicht umsonst eine Hochschule für Gestaltung – die Weiterentwicklung unterschiedlicher Ausdrucksformen für gesellschaftliche Anliegen und Auseinandersetzungen, auch in der Sprache, ist für uns ganz zentral.

Sie würden die Vorgabe in der Praxis missachten?

Kracke: Um das zu sagen, gibt es noch zu wenige Informationen. Die Landesregierung ist dabei, sich einzurichten. Ich kann mir vorstellen, dass noch viele Diskussionen geführt werden. Außerdem würde es zuvor zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung der Hochschulleitungen mit der Landesregierung kommen. Man muss schauen, wie sich das entwickelt.

Interview: Christian Reinartz